

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe April 2016

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de](mailto:buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

## Inhalt dieser Ausgabe

- [Giovanni Maio: Der Mensch als Schöpfer des Lebens?](#)
- [Werkstatt-Radio: Fluchtursachen und nicht Flüchtende bekämpfen](#)
- [Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: Robert Kennedy: Harte Abrechnung mit unmoralischer US-Politik in Syrien](#)
- [Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait: Destruktive westliche Außenpolitik auf allen Ebenen gescheitert](#)
- [Thierry Meyssan: Europas Selbstmord gegenüber der Türkei](#)
- [Gaby Weber: Krater für den Frieden: Wie der militärisch-industrielle Komplex die Abrüstung überlebte](#)
- [Cusanus Hochschule: Akademische Autonomie](#)
- [Fraktion der Piraten \(NRW\): Große Anfrage 21 im Landtag NRW zur Bertelsmann-Stiftung](#)
- [Pierangelo Maset: Wider die marktkonforme Demokratie](#)
- [medizin.freepage.de: Mit der RAF für die Treuhand - der Tod des Detlev Karsten Rohwedder](#)
- [derStandard.at: Niederländer lehnen EU-Ukraine-Abkommen klar ab](#)
- [I. Rauscher, F.-J. Plank: Echte Demokratie nur außerhalb der EU verwirklichtbar!](#)
- [Prof. Eberhard Hamer: 0,0 % Zinsen – die verdrängte Finanzkrise kommt zurück](#)
- [Internationale Liga für Menschenrechte: CETA mit Grundgesetz nicht vereinbar](#)

Zitat des Monats von [Bertold Brecht](#):

**Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen;  
der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.**

- Giovanni Maio: **Der Mensch als Schöpfer des Lebens?**

Die 'Synthetische Biologie' will die Evolution hinter sich lassen, ja sie "durch etwas Besseres ersetzen", während die traditionelle Biologie auch bei gentechnischen Veränderungen immer auf einem durch die Evolution geschaffenen genetischen Code aufsetzt. Diese Grundhaltung der 'Synthetischen Biologie', Leben neu schaffen zu wollen, hält der Medizinethiker Giovanni Maio für fragwürdig. Denn das Eigentliche der Identität des Lebens ist durch die statische Labordefinition von Leben nicht zu erfassen: das Sich-Entwickeln-Können. "Dieses Auf-dem-Weg ist im Labor weder zu sehen noch vorherzusagen, weil sich dieses Auf-dem-Weg erst in der echten Natur ermöglichen wird. Leben also ist mehr als das, was der Naturwissenschaftler beschreiben kann." Nach Aristoteles gelte: [Das Leben ist etwas Einheitliches, das "das Ziel ihrer Entwicklung in sich selbst trägt"](#). Ohne diese innere Autonomie sei "Leben" lediglich eine komplexe Maschine, die der Mensch für berechenbar und absolut kontrollierbar halte. Im Umkehrschluss bestehe die Gefahr, dass die 'Synthetische Biologie' auch das aus der Evolution entstandene Leben nichts Besonderes, dass es herstellbar und wie eine Maschine zu behandeln sei. Damit gehe die Gefahr einer mechanistischen Entwertung allen Lebens (nicht bloß das von im Labor hergestellten Einzellern) einher.

*[Giovanni Maio](#), Jg. 1964, ist Mediziner, Philosoph; seit 2005 Universitätsprofessor für Bioethik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Werkstatt-Radio: **Fluchtursachen und nicht Flüchtende bekämpfen**

Im Gespräch (ca. 1h00 mit etlichen Pausen) entwickelt Gerald Oberansmayr seine Sicht zur Politik der EU. Diese Politik unterstützt die Durchsetzung von Freihandelsverträgen der Exportgiganten zu Lasten der wirtschaftlich schwächeren Partner, statt diesen auf die Beine zu helfen. Wo diese Wirtschaftspolitik nicht vertraglich durchgesetzt werden kann, wird der betreffende Staat mit militärischer Gewalt konfrontiert. In jedem Fall führt dies zur [Vernichtung der existentiellen sozialen und ökologischen Grundlagen](#) in diesen Ländern; Beispiele Jugoslawien, Libyen, Syrien, Ukraine.

Die daraus resultierende Flüchtlingsbewegung bleibt überwiegend in der Krisenregion. Der geringere Anteil der Betroffenen flüchtet zum Verursacher des Problems. Aber die nach Europa, in die EU, drängenden Flüchtlinge werden instrumentalisiert, eine stärkere Zentralisierung der keiner demokratischen Kontrolle mehr unterworfenen EU durchzusetzen. Hierzu werden Angst geschürt, Abschottung betrieben, nationale Regierungen entmündigt, Eingreiftruppen geschaffen und Beistandsverpflichtungen ausgesprochen. Das national angesiedelte Asylrecht wird ausgehebelt und die Flüchtlinge nach deren wirtschaftlicher Verwertung selektiert.

Statt die Konflikte zu initiieren und verschärfen, wären der "Friedensnobelpreisträger" EU und ihre Mitgliedstaaten gut beraten, über ein neutrales Verhalten zur humanen Konfliktlösung und damit zur Erhaltung der Lebensgrundlagen in den Krisenländern beizutragen. Statt das Völkerrecht einzuhalten, tun sie leider das Gegenteil.

*[Gerald Oberansmayr](#) ist Journalist und Mitarbeiter der Werkstatt für Frieden und Solidarität in Linz. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Robert Kennedy: Harte Abrechnung mit unmoralischer US-Politik in Syrien**

In der Atlantik-Charta wurde allen ehemaligen europäischen Kolonien nach dem zweiten Weltkrieg das Recht zur Selbstbestimmung zugesichert. Lt. Robert Kennedy jun. ließ Roosevelt diese Charta von den Alliierten des Zweiten Weltkriegs als Voraussetzung für die US-Unterstützung im europäischen Krieg gegen den Faschismus unterschreiben. Aber durch den Einfluss von Allen Dulles und der CIA wurde diese Charta nach dem Krieg von den USA selbst nicht befolgt. Schon 1957 war sowohl einem US-Komitee als auch auf arabischen Straßen bekannt, dass es [seit 1949 CIA-Komplote in Jordanien, Syrien, dem Iran und Ägypten gab](#). Schon damals wurde der grassierende Anti-Amerikanismus in den Zusammenhang mit den CIA-Aktivitäten gebracht. Schon lange vor der Besetzung des Irak durch die USA in 2003 habe der CIA den gewalttätigen Dschihadismus als eine Waffe des Kalten Krieges genährt. Nach Kennedys Einschätzung hassen nahöstliche Nationalisten die USA nicht wegen ihrer Freiheiten. "Stattdessen hassen sie uns für die Art und Weise, in der wir diese Freiheiten innerhalb ihrer Grenzen verraten haben." ([engl. Original](#))

*Der deutsche Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)*

- Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait: **Destruktive westliche Außenpolitik auf allen Ebenen gescheitert**

Die Autorin meint, dass die Veröffentlichung der Panama-Papiere dem westlichen US-Block höchst gelegen kommt, um sein politisches und militärisches Scheitern in Syrien zu vertuschen. Auffällig sei, dass dabei die korrupten westlichen Spitzenpolitiker und Bankenvorstände geschont, aber der nicht betroffene russische Präsident in den Vordergrund gestellt wird. Eine Würdigung der Rolle Russlands beim Friedensprozess in Syrien erfolge in den Medien dagegen nicht.

Der heutige Journalismus sei unfähig, mit der eigenen Macht des Denkens Ereignisse zu bewerten und zu beurteilen im Kontext der aktuellen internationalen Verhältnisse. Auch die doppelte Wirkung der Panama-Papiere wird nicht erkannt: Einerseits wird das Versagen in Syrien vertuscht, andererseits spült die Veröffentlichung Milliarden in die Steueroasen der USA.

Diesem Unvermögen hält die Autorin die realistische Einschätzung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad entgegen, der [erkannt habe, dass dem Westen nicht vertraut werden kann](#). Syrien sehe sich einer terroristischen Aggression gegenüber, die von Greueltaten, die nach Wesen und Gestalt in den letzten Jahrzehnten, vielleicht sogar in den vergangenen Jahrhunderten, beispiellos seien. Seine Erfahrung zeige, dass jede Art von Fanatismus zerstörerisch für die Gesellschaft sei. In dieser Lage erhalte es Unterstützung durch Russland und den Iran.

Assad: "Freunde können von auswärts kommen, um zu helfen, wie es jetzt geschah, aus Russland und dem Iran. Jedoch ist es unmöglich, eine Lösung zu finden, wenn es im Lande selbst keine guten Beziehungen zwischen den Menschen und dem Staat gibt."

Die Autorin sieht, dass das Morden in Syrien auf Anordnung der USA und ihrer Satelliten erfolge. Der hinter diesem Morden stehende Hass entstehe aus der Tatsache, dass das Monster USA Kriege benötige, um ihre Dominanz über Personen und Staaten zu festigen. Dies werde sich auch unter jedem anderen Präsidenten fortsetzen, da jeder US-Präsident ein Instrument der 'Wall Street' sei.

[Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait](#) ist chilenische Rechtsanwältin und Diplomatin (a.D.). (Red.)

- Thierry Meyssan: **Europas Selbstmord gegenüber der Türkei**

Mit der Unterzeichnung des Abkommens mit der Türkei zur Drosselung des Flüchtlingsstroms – das *nach Einschätzung des Autors* nach dem Völkerrecht gesetzeswidrig ist – hat die Führung der EU sich noch ein bisschen mehr auf einen Pakt mit dem Teufel eingelassen. Ein großer Teil der 3 Mrd. Euro jährlich, die Ankara bewilligt wurden, wird der Unterstützung der Dschihadisten dienen und folglich die Zahl der Migranten, die vor dem Krieg flüchten, vermehren. Vor allem führen die Europäer durch die Abschaffung der Visa mit der Türkei in den nächsten Monaten den [freien Verkehr zwischen den al-Qaida-Lagern in der Türkei und in Brüssel](#) ein. Durch die Zerschlagung der irakischen und syrischen Völker unter dem Druck der Dschihadisten, die sie indirekt finanzieren, und durch die Preisgabe des türkischen Volkes an die Diktatur des Präsidenten Erdoğan bereiten sie das Fundament für eine sehr weitreichende Konfrontation vor, deren Opfer sie *nach Meyssan* selbst sein werden.

[Thierry Meyssan](#): Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des 'Réseau Voltaire' und der Konferenz 'Axis for Peace'. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, latein-amerikanischen und russischen Presse. (Red.)

- Gaby Weber: **Krater für den Frieden: Wie der militärisch-industrielle Komplex die Abrüstung überlebte**

In ihrem Film (2016, 1h33) widerlegt Gaby Weber die offizielle Darstellung, dass die Sowjets bis heute die Alleinschuld an der deutschen Teilung, dem Kalten Krieg und dem Rüstungswettlauf tragen. Denn: 1959 war die Erd-Atmosphäre durch die Atomtests radioaktiv verseucht und der sowjetische Staatschef, [Nikita Chroustschow, forderte vor den Vereinten Nationen ein Ende des Rüstungswettlaufs](#) und ein Ende aller Atomtests. Gleichzeitig wollte er einen Friedensvertrag für

ein vereinigt und neutrales Deutschland. Diese Vorschläge sollten auf einer Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris von den alliierten Siegermächten verhandelt und beschlossen werden.

Doch durch gezielte Provokationen änderten die USA den Lauf der Geschichte zu Lasten Russlands, Deutschlands und Europas für die nächsten 29 Jahre. Zu diesen Provokationen zählten ein unübersehbar in die Sowjetunion eindringendes Spionageflugzeug und zeitgleich durchgeführte illegale Atomtests der USA in Argentinien. Über dieses US-Vorgehen wurde selbst den westlichen Alliierten nicht die Wahrheit gesagt. Die Weltöffentlichkeit wird im Glauben gelassen, dass das damalige gewaltige Erdbeben in Chile eine Naturkatastrophe und nicht die unmittelbare Folge des Atomtests war.

Auch bei der angeblichen Entführung des Nazi-Kriegsverbrechers Adolf Eichmann durch den israelischen Mossad im Mai 1960 wird die Öffentlichkeit belogen. Nach Geheimdienstdokumenten wurde die Entführung durch linke Mitglieder der damaligen Regierung Frondizi vorgenommen. Die Entführer und ihre israelischen Helfer wurden mit der Geisel Eichmann vom argentinischen Geheimdienst festgesetzt.

Für die Autorin war es schwierig an die Dokumente heranzukommen. Die Finanzierung des Films musste sie selbst stemmen. Die öffentlich-rechtlichen Medien verschweigen die von Weber erbrachten Ergebnisse.

[Inhalt](#) ↑

#### ● Cusanus Hochschule: **Akademische Autonomie**

Ende 2015 wurde eine neue, regional verwurzelte, nicht-staatliche Hochschule gegründet, die unabhängig von Sponsoren ist und der Genossenschaftsidee nahe steht. So liegen die [Macht und die Verantwortung zur Gestaltung nicht - wie ansonsten üblich - beim Träger, sondern in den Händen ihrer Mitglieder](#).

Hier haben sich Hochschullehrer von anderen Hochschulen unter großem persönlichem Einsatz zur Gründung einer "Bürgeruniversität" zusammengefunden. Sie unterrichten in den Fächern Ökonomie und Philosophie und bieten hier staatlich anerkannte Abschlüsse an. Anders als an den meisten Hochschulen, denen diese Lehrpersonen deshalb den Rücken gekehrt haben, wird hier nach der [ethischen Verankerung und der sozialen Verantwortung im Wirtschaftsleben](#) gefragt und geforscht und entsprechend gelehrt (siehe unter den verschiedenen Stimmen insbesondere die Formulierung von Prof. Fehrmann; siehe auch [Unsere Vision](#) und [Unser Leitbild](#)).

Die in Bernkastel-Kues angesiedelte 'Cusanus Hochschule' bietet auch der Öffentlichkeit Vorträge zu diesem Themenkreis an ([Ankündigungen auf der Homepage](#)) und ist am gesellschaftlichen Dialog sehr interessiert.

*Eine Wirtschaftslehre, die sich nicht am Allgemeinwohl und am Bürgerwillen orientiert, rechtfertigt am Ende gravierende soziale Ungerechtigkeiten und sogar Kriege. Dem stellt sich die 'Cusanus Hochschule' mit ihrem Wissenschaftsverständnis entgegen. - Wir möchten mit diesem Hinweis das Anliegen zum gesellschaftlichen Dialog über dieses leider zu seltene Engagement unterstützen. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Fraktion der Piraten (NRW): **Große Anfrage 21 im Landtag NRW zur Bertelsmann-Stiftung**

Die Piratenfraktion im Landtag NRW hat am 07.04.2016 eine [Große Anfrage zu den Umtrieben der Bertelsmann Stiftung in NRW](#) und den Kooperationen und Einflussnahmen auf die Landespolitik gestellt. Die Anfrage ist sehr ausführlich recherchiert und bohrt tief, dürfte daher nicht allein für NRW Bedeutung haben, sondern überall, wo die Bertelsmann-Stiftung und wo andere Stiftungen aktiv sind.

Die Anfrage erfolgt unter dem Aspekt, dass es der Stiftung lt. selbst formulierter Mission um eine über den Wettbewerb hergestellte Effizienz als Steuerungsinstrument an Stelle demokratischer Gestaltung geht. Zudem halte die Stiftung den Sozialstaat für überdehnt oder gar überholt; es gehe ihr um eine Zurückdrängen des Staates und um Steuersenkungen; u.a.m..

Mittels eines umfangreichen Fragenkataloges (42 Fragen) möchten die Piraten zum Beispiel wissen, welche Beratungs- und Kooperationsverträge zwischen Landesregierung und Stiftung seit 1992 bestanden haben oder bestehen, wieviel Steuergelder die Bertelsmanngruppe durch die Stiftungskonstruktion spart, wie wissenschaftlicher Pluralismus gewährleistet sei, wenn nur selbst initiierte Projekte gefördert werden, und vieles mehr.



Obwohl die Anfrage an die Landesregierung gerichtet ist, [will sich die Stiftung selbst zu den Vorwürfen äußern](#).

*Die Redaktion wird die weitere Entwicklung im Auge behalten. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Pierangelo Maset: **Wider die marktkonforme Demokratie**

Im Gespräch mit Jens Wernicke stellt Pierangelo Maset dar, wie sich die Ökonomisierung und Privatisierung des Bildungssystems auf Schulen, Hochschulen und Forschung auswirkt: Bildung wird immer mehr zur Ausbildung und die nicht zweckgebundene Forschung verschwindet. [Die heutigen Bildungsfabriken mit gleichen Ausbildungsmaschinen sind Herstellungsorte für angehende Roboter](#). Wenn irgendwann nur noch internationale Firmenkonglomerate entscheiden sollten, was Bildung ist und sein darf, wenn diese Entwicklung in Richtung "marktkonformer Demokratie" ungehindert weiter geht, wird von Demokratie schon sehr bald nicht mehr viel übrig sein.

Zudem sind einige der Instrumente der neuen Bildungswelt nicht mit geltendem Recht vereinbar. So hat das BVerfG festgestellt, dass z.B. die Akkreditierung von neuen Studiengängen durch Agenturen gegen das Grundrecht der Lehr- und Forschungsfreiheit verstoße. Daher "geht es zentral um eine Wiederaneignung der Hochschulen und Schulen durch die wesentlichen Akteure, nämlich die Lehrenden, Forschenden und Lernenden."

[Inhalt](#) ↑

- [medizin.freepage.de](#): **Mit der RAF für die Treuhand - der Tod des Detlev Karsten Rohwedder**

Für die Weichenstellung auf [Privatisierung, bestenfalls Sanierung der Betriebe der ehemaligen DDR](#) wurde praktisch jemand gesucht, der die Quadratur des Kreises repräsentierte, der Staat und Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, West und Ost gleichermaßen vertrat. Gefragt war eine Art menschliche Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft. Man fand sie in Detlev Karsten Rohwedder, Vorsitzender des Vorstandes der Dortmunder Hoesch AG und SPD-Mitglied, Spitzenunternehmer und Ex-Staatsbeamter, 'Wessi', aber gebürtiger 'Ossi' (aus Thüringen).

Als Rainer Gohlke Ende August 1990 das Handtuch warf, schien mit Detlev Karsten Rohwedder der ideale Mann auf den Schleudersitz des Treuhand-Chefs nachzurücken. Den profiliertesten Unternehmenssanierer der Republik, den genialen Retter der Hoesch AG. Der SPD-Finanzexperte Wolfgang Roth "hielt Rohwedder damals für eine glückliche Wahl". Für Rohwedder selbst war der Treuhand-Job "in dieser Mittellage zwischen Industrie und Politik" genau nach seinem Geschmack.

Er hielt eine 100%-ige Privatisierung nie für möglich. Sanieren sollte vor dem Privatisieren erfolgen. Kurz vor seiner Ermordung erhielten Rohwedders Sanierungsabsichten durch Beschluss der Bundesregierung erneut ein größeres Gewicht. Dagegen vertraten Birgit Breuel, die frühere niedersächsische Wirtschaftsministerin, und andere im Treuhand-Vorstand das Prinzip Privatisieren vor Sanieren. Auch US-Manager beschwerten sich über Rohwedders Vorgehensweise, die ihnen zu langsam, zu bürokratisch erschien. Sie fühlten sich außen vor gehalten. Die massive Kritik an Rohwedder und der Treuhand kam auch von CDU-Politikern.

Aufgrund der sich zuspitzenden sozialen und politischen Lage (Arbeitsmarkt im Osten brach zusammen), wurden Neuwahlen gefordert. In einem Brief vor seinen letzten Osterferien verbeugt sich Rohwedder vor seinen Gegnern, indem er formuliert "Privatisierung sei die beste Sanierung", und bekennt sich aber auch dazu, dass unausweichliche Stilllegungen behutsam zu strecken seien, "um Zeit für das Aufwachsen neuer Arbeitsplätze zu gewinnen". Unternehmen mit Zukunftschancen, die sich aber noch nicht privatisieren ließen, sagt er seine "entschlossene" Unterstützung zu.

Am Ostermontag (01.04.1991) wurde Rohwedder in seiner Villa perfekt gezielt erschossen. Seinem Tod folgt eine drastische Kurskorrektur der Treuhand und der Ausverkauf des Ostens. Der oder die Mörder wurden im Rahmen der wenig professionell erfolgten Ermittlungen nie ermittelt.

Angeblich war es ein Scharfschütze der RAF. Es gab damals ein Bekennerschreiben. [Aufgeklärt wurde der Fall jedoch nie](#). Rohwedders Schicksal vor 25 Jahren ist der Stoff für die Krimis "[Schattenboxer](#)" von Horst Eckert und "[Die blaue Liste](#)" von Wolfgang Schorlau.

[Inhalt](#) ↑

- derStandard.at: **Niederländer lehnen EU-Ukraine-Abkommen klar ab**

Bei hinreichendem Quorum hat eine deutliche Mehrheit von [61% der Niederländer hat am 6.04.2016 gegen das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen](#) gestimmt. Dabei ging es den Wählern laut einer Umfrage konkret um das Abkommen (90%) aber auch um ihre Haltung zur EU und um die Demokratie in den Niederlanden.

Sollten die EU-Eliten vor diesem Hintergrund das Votum wie verschiedentlich angekündigt ignorieren, wird das zu einer weiteren Delegitimierung der EU führen. Statt das Votum zu umgehen, sollten die Staats- und Regierungschefs die [Ostpolitik der EU überdenken](#) und statt neoliberalen Freihandelsverträgen, die nur den Konzernen und den Oligarchen nützen, Kooperationen eingehen, die auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung zielen und die Konfrontation gegen Russland einstellen. Ebenso sollten demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu europäischen Fragen auch in den anderen EU-Ländern, nicht zuletzt in Deutschland, geschaffen werden.

Schon im Vorfeld wurde die Abstimmung auch als Votum gegen die EU und die EU-orientierten Eliten begriffen. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hält das Referendum für nicht bindend. Auch sei es möglich, ein Negativ-Resultat des Referendums durch eine "technische Lösung" zu überwinden. Deutsche Medien wie 'Die Zeit' stellen nationale Referenden über EU-Themen prinzipiell zur Debatte; es handle sich, heißt es, um eine "Tyrannei der Minderheit" bzw. als ["Festival politischer Dummheit"](#). Die 'Süddeutschen Zeitung' hält mehr direkte Demokratie für keine gute Sache. - *Aber das Grundgesetz sagt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." ! (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- I. Rauscher, F.-J. Plank: **Echte Demokratie nur außerhalb der EU verwirklichtbar!**

Äußerungen von grünen EU-Parlamentariern machen öffentlich klar, dass es bei der EU nie um die propagandistisch behauptete Zusammenarbeit von Nationen gegangen ist, sondern um die irreversible Abschaffung der Nationalstaaten und damit die Entrechtung der sie bildenden Völker und Volksgruppen. [Alle wichtigen Rechte sollen nur mehr von der EU-Zentralherrschaft verordnet und durchgesetzt werden](#) (EU-Kommission, EU-Rat der Staats- und Regierungschefs, EU-Gerichtshof), da stehen nationale, verbindliche Volksabstimmungen - wie im Nicht-EU-Mitglied Schweiz - nur im Weg.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Kritik der "Grünen" und anderer politischer "Lager" an der jüngsten Volksbefragung in den Niederlanden zu sehen, bei der sich über 61% der Stimmbürger gegen die Annahme des Assoziationsvertrages der Ukraine mit der EU aussprachen. Die Bürger, die die politischen Auswirkungen solcher Verträge (Teil der Einkreisung Russlands und die damit verbundene gestiegene Kriegsgefahr) zu tragen haben, wie auch deren enorme Kosten, sollen demnach nicht einmal mehr gefragt werden dürfen!

Wer echte direkte Demokratie fordert, muss ehrlicherweise dazu sagen, dass dies nur bei einem Austritt aus der EU und der Wiedergewinnung der Eigenständigkeit der jeweiligen Republik Wirklichkeit werden kann.

[Inge Rauscher](#), Jg. 1949, Obfrau der Initiative Heimat & Umwelt, Unterstützerin des überparteilichen österreichischen Volksbegehrens für den Austritt aus der EU.

[Franz-Joseph Plank](#), Jg. 1954; Tierarzt, Gründer und Obmann des Tierschutzvereins 'Animal Spirit'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Prof. Eberhard Hamer: **0,0 % Zinsen – die verdrängte Finanzkrise kommt zurück**

Die FED hat in gleicher Weise wie die EZB die Dollarvermehrung hemmungslos betrieben und damit [nicht nur den US-Staat schuldenfinanziert, sondern auch Finanzblasen](#) bei Immobilien, Derivaten und anderen Objekten. Platzt eine dieser Blasen, platzt der Dollar und damit auch der Euro, platzt das ganze westliche Währungskartenhaus. Dann haben wir eine Weltwirtschaftskrise, viel stärker als in den 30er Jahren.

Es könnte aber auch sein, dass die Draghi-Clique selbst eine Währungskorrektur vorbereitet: Das Drängen auf Abschaffung des Bargeldes könnte Vorbereitung einer Euro-Währungsreform sein. Wäre nämlich Bargeld abgeschafft und gäbe es dann nur noch Digitalwährung in den Com-

putern der Banken, in den Firmen und Privatkonten, so wäre eine Abwertung oder eine totale Währungsreform allein durch Mausklick möglich, ohne neues Bargeld zu drucken oder Münzen herstellen zu müssen, könnte also die Währungsreform in Sekundenschnelle durchgeführt werden.

Dies wäre zwar ebenfalls eine neue Umverteilung, weil die Geldwerte vernichtet und die Sachwerte noch vorhanden wären; die Staaten werden aber dann statt drakonischer eigener Schrumpfung versuchen, die Sachwerte ihrer Bürger zu greifen, angeblich aus Gerechtigkeitsgründen, in Wirklichkeit aber, weil sie eigene drakonische Sparmaßnahmen politisch nicht aushalten würden.

Wir sollten also die Nullzinsen der EZB als letzten Schuss eines untergehenden Kriegsschiffs verstehen und als Anzeichen, dass es höchste Zeit für uns zu handeln ist (aus Geld in Sachwerte).

Seine ausführliche Sicht des Funktionierens unseres globalisierten anti-demokratischen Gesellschaftssystems und des Gebarens der Finanzwirtschaftsnetzwerke unter Führung der FED stellt Prof. Hamer in seinem ausführlichen Aufsatz "[Der Welt-Geldbetrug](#)" dar.

*[Prof. Eberhard Hamer](#), geb. 1932, studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des Mittelstandsinstituts Niedersachsen in Hannover und der Deutschen Mittelstandsstiftung; Begründer der neuen Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe; Autor. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Internationale Liga für Menschenrechte: **CETA mit Grundgesetz nicht vereinbar**

Juristenverbände und Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland halten das zwischen EU und Kanada ausgehandelte "Comprehensive Economic and Trade Agreement" (CETA) für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz.

Die in CETA vorgesehenen Schiedsgerichte sollen ohne Bindung an Europäisches Recht, an das Grundgesetz (GG) und weitere deutsche Gesetze entscheiden können. Sie können sich bei ihren Entscheidungen über europäisches und deutsches Recht hinwegsetzen. Es besteht die [Gefahr, dass demokratische Entscheidungsverfahren unterlaufen und entleert werden](#), wenn Schiedsgerichte die Staaten zu hohen Schadensersatzleistungen verpflichten können, weil Erwartungen von Investoren z.B. durch Umwelt-, Verbraucherschutz- oder Sozialgesetze eingeschränkt werden. Umweltrechte und soziale Rechte können nach CETA nicht eingeklagt und durchgesetzt werden.

Das Schiedsgerichtsverfahren würde bereits bei einer "vorläufigen Anwendung" aufgrund der Entscheidung des Europäischen Rates nach Art. 218 Abs. 5 AEUV und Abschnitt 34 Art. X.6 und X.7 CETA (Final provisions) Geltungskraft erlangen, ohne dass das Europäische Parlament oder die nationalen Gesetzgebungsorgane im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens der Vereinbarung von CETA zugestimmt haben. Die Genehmigung der "vorläufigen Anwendung" durch den Europäischen Rat macht CETA einschließlich der vorgesehenen Schiedsgerichte bereits völkerrechtlich verbindlich.

Die Juristenverbände und Menschenrechtsorganisationen fordern daher erstens die Bundesregierung auf, dem ausgehandelten CETA-Text im Europäischen Rat wegen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz die Zustimmung zu verweigern, zweitens den Bundestag auf, der Ratifizierung von CETA nicht zuzustimmen, und drittens die Landesregierungen der Bundesländer auf, im Bundesrat der Ratifizierung von CETA nicht zuzustimmen.

[Näheres zum Selbstverständnis der Internationalen Liga für Menschenrechte](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

*Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage [www.volksinitiative-esm-austritt.de](http://www.volksinitiative-esm-austritt.de) erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.*